

Heidelberg und Mannheim

Städte wollen Videoüberwachung ausweiten

Von Johanna Eberhardt 21. Januar 2016 - 06:00 Uhr

Die Oberbürgermeister von Heidelberg und Mannheim fordern nach Übergriffen nicht nur mehr Videoüberwachung, sondern auch mehr Polizei. Kürzlich war in Mannheim eine 41-Jährige in der Innenstadt vergewaltigt worden.



Eine Überwachung des öffentlichen Raums erscheint vielen Städten als opportun.
Foto: dpa-Zentralbild

Heidelberg/Mannheim - Angesichts mehrerer Übergriffe auf Frauen in der Öffentlichkeit haben sich die Oberbürgermeister von Heidelberg und Mannheim unabhängig voneinander für eine verstärkte Videoüberwachung im öffentlichen Raum und im Nahverkehr ausgesprochen. Aktueller Anlass in Mannheim ist eine Vergewaltigung mitten in der Innenstadt. Dort war am Sonntagabend auf der Jugendstilanlage des Friedrichsplatzes beim Wasserturm, dem schönsten und bedeutendsten Platz der Stadt, eine 41-jährige Spaziergängerin überfallen worden. Die Tat sei entsetzlich und unerträglich, erklärte OB Peter Kurz (SPD), die Stadt müsse in der Lage sein, ihren Bürgern Sicherheit und Schutz zu gewähren. Deren Vertrauen sei inzwischen von einer „Kette von Vorkommnissen erschüttert“.

Die Innenstadt soll besser überwacht werden

Die Verwaltung habe daher in den letzten Wochen ein Konzept für mehr Sicherheit auf den Weg gebracht. Dazu gehöre – neben der Verstärkung des eigenen Ordnungsdienstes – die

Wiedereinführung der Videoüberwachung auf mehreren Plätzen der Innenstadt. Die war vor einigen Jahren eingestellt worden, da es weniger Delikte gegeben hatte. Mit der Zunahme der Straßenkriminalität, die die Polizei bestätigt habe, gebe es nun aber „berechtigte Gründe“, sie wieder aufzunehmen, sagte Kurz. Zugleich forderte Kurz von der Landesregierung mehr Polizeikräfte für seine Stadt. Auch wenn der Bedarf an Beamten derzeit überall steige, habe man in der Metropolregion Rhein-Neckar durch die vielen Flüchtlingsunterkünfte eine besondere Situation, die stärker berücksichtigt werden müsse.

Auch der parteilose Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner stellte fest, dass in der Region viele Beamte durch die Asylunterkünfte des Landes gebunden seien; die Zahl der Polizeistellen sei „leider noch immer nicht im erforderlichen Maß aufgestockt“, kritisierte er. Hier erwarte die Stadt eine „deutlich Verstärkung“.

Würzner: Sicherheitsempfinden der Bürger hat gelitten

Zugleich kündigte Würzner an, er wolle in Heidelberg, wo man dies bisher nicht für nötig gehalten hat, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum und im Nahverkehr ausweiten. Seit den Silvesterereignissen in Köln und anderen deutschen Städten hätten sich auch hier vermehrt Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen an die Stadt gewandt, erklärte er. Diese Rückmeldungen nehme man im Rathaus „sehr ernst“. Das Sicherheitsempfinden vieler Menschen habe in jüngster Zeit massiv gelitten. Er wolle daher dem Gemeinderat vorschlagen, an den zentralen Verkehrsknotenpunkten der Innenstadt, vor dem Hauptbahnhof und auf dem Bismarckplatz, eine Videoüberwachung einzuführen. Beide Plätze seien zwar nach bisheriger Einschätzung keine Kriminalitätsschwerpunkte, aufgrund einer neuen Sicherheitsbewertung nach den Kölner Vorfällen halte er Kameras dort aber für eine zulässige und angemessene Maßnahme.

Außerdem wolle er die Rhein-Neckar-Verkehrsgesellschaft bitten, Busse und Bahnen, soweit nötig, mit Kameras nachzurüsten. Man müsse gewährleisten, dass die Fahrgäste öffentliche Verkehrsmittel weiterhin „mit einem guten Gefühl nutzen“ könnten. Auch den eigenen kommunalen Ordnungsdienst wolle man verstärken.